



Beschlussprotokoll

**über die 46. (außerordentliche) öffentliche Sitzung
des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf in seiner 16. Wahlperiode
am Donnerstag, 29. August 2019, 14 Uhr, Rathaus, Plenarsaal 7/2019**

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Vorlage	Inhalt
		Nachruf Ratsfrau a. D. Elke Homann
1		Anerkennung der Tagesordnung
2		Anfragen
2.1	RAT/017/2019	Anfrage des Ratsherrn Maniera: Ausschreitungen im Rheinbad Teil 3
2.1	RAT/028/2019	Anfrage der Ratsfrau Opelt: Große „Umweltspur“ – noch mehr Stau für Düsseldorf?
2.3	RAT/030/2019	Anfrage der Ratsfraktion Tierschutz Freie Wähler: Tiertodesfälle in Düsseldorf 2019
3	66/ 52/2019	Sachstandsbericht zum Parkraumbewirtschaftungskonzept
3.1	66/ 81/2019	Änderungsantrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Parkraumbewirtschaftungskonzept
3.2	01/ 247/2019	Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion: Parkraumbewirtschaftungskonzept
4	01/ 174/2019	Gründung einer städtischen Mobilitätsgesellschaft
4.1	01/ 239/2019	Änderungsantrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Neufassung SPD und FDP: Gründung einer städtischen Mobilitätsgesellschaft
5	70/ 23/2019	Garath 2.0 Den Wandel gestalten. Frei:Raum – Konzept für Freiraum und ergänzendes Wohnen in Garath
5.1	01/ 249/2019	Änderungsantrag der Ratsfraktion Tierschutz Freie Wähler: Garath 2.0
6		Anträge
6.1	01/ 178/2019	Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Kein Empfang und keine Unterstützung für den Schießwettbewerb 2019 der Bundeswehr
6.2	01/ 190/2019	Antrag der FDP-Ratsfraktion: Geschäftsführung der Holding der Landeshauptstadt Düsseldorf GmbH

TOP	Vorlage	Inhalt
6.3	01/ 194/2019	Antrag der CDU-Ratsfraktion: Organisationsstruktur Beteiligungsmanagement
6.3.1	01/ 241/2019	Änderungsantrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Organisationsstruktur Beteiligungsmanagement
6.4	01/ 192/2019	Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum im Gebiet der Landeshauptstadt Düsseldorf (Zweckentfremdungssatzung)
6.5	01/ 211/2019	Antrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Satzung der Landeshauptstadt Düsseldorf zum Schutz und Erhalt von Wohnraum (Wohnraumschutzsatzung)
6.5.1	RAT/043/2019	Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion: Wohnraumschutzsatzung
6.5.2	RAT/041/2019	Änderungsantrag des Ratsherrn Grenda: Wohnraumschutzsatzung
6.6	01/ 215/2019	Antrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP: Palermo-Appell für einen europäischen Verteilmechanismus für Bootsflüchtlinge
6.6.1	01/ 251/2019	Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion: Palermo-Appell
6.7	01/ 216/2019	Antrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Optimierung der Düsseldorfer gesundheitlichen Notfallversorgung durch Digitalisierung
6.8	01/ 230/2019	Antrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Finanzierung von stop mutilation e. V.

Anwesend:

a) vom Rat

Oberbürgermeister	Geisel	Vorsitzender
Ratsherr	Albes	SPD
Ratsherr	Auler	CDU
Ratsfrau	Bednarski	SPD
Ratsfrau	Bellstedt	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Blanchard	Die Linke
Ratsfrau	Böcker	CDU
Ratsherr	Bohrmann	SPD
Ratsherr	Buschhausen	CDU
Ratsherr	Cardeneo	Bündnis 90/Die Grünen
Bürgermeister	Conzen	CDU (bis 17.15 Uhr)
Ratsherr	Czerwinski	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	von Dahlen	CDU
Ratsfrau	Elsholz	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Eßer	CDU
Ratsherr	Figge	SPD
Ratsherr	Dr. Fils	CDU
Ratsfrau	Fleckner-Olbermann	SPD
Ratsfrau	Frey	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Gerlach	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Goldberg-Hammon	SPD
Ratsherr	Grenda	Piraten
Ratsherr	Gutt	CDU
Ratsherr	Hartnigk	CDU
Ratsfrau	Hebeler	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Herz	SPD
Ratsfrau	Holtmann-Schnieder	SPD
Ratsherr	Knäpper	SPD
Ratsfrau	Kraft-Dlangamandla	Die Linke
Ratsherr	Kretschmann	CDU
Ratsfrau	Krüger	Tierschutz Freie Wähler
Ratsfrau	Lehmhaus	FDP
Ratsfrau	Leibauer	SPD
Ratsherr	Lukaschewski	CDU
Ratsherr	Maaßen	CDU
Ratsherr	Madzirov	CDU
Ratsherr	Maniera	REP
Ratsherr	Mauersberger	CDU
Ratsfrau	Mohrs	SPD
Ratsherr	Montanus	FDP
Ratsfrau	Mucha	CDU
Ratsherr	Müller	SPD
Ratsherr	Münter	CDU
Ratsherr	Neuenhaus	FDP
Ratsherr	Nicolin	FDP
Ratsfrau	Opelt	AfD

Ratsfrau	Ott	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Penack-Bielor	CDU
Ratsherr	Pfundner	Die Linke
Ratsherr	Rasp	SPD
Ratsherr	Raub	SPD
Ratsherr	Reinold	CDU
Ratsherr	Rohloff	FDP
Ratsherr	Rütz	CDU
Ratsherr	Saitta	CDU
Ratsfrau	Schadewaldt	SPD
Ratsfrau	Schmidt	CDU
Ratsherr	Schreiber	SPD
Ratsherr	Simon	CDU
Ratsherr	Spielmann	SPD
Ratsfrau	Steinheider	SPD
Ratsherr	Stieber	CDU
Ratsfrau	Dr. Strack-Zimmermann	FDP
Ratsherr	Sültenfuß	CDU
Ratsherr	Tacer	SPD
Ratsherr	Tups	CDU
Ratsherr	Tussing	CDU
Ratsherr	Volkenrath	SPD
Ratsherr	Warnecke	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Wiechert	CDU
Ratsfrau	Wiedbrauk	CDU
Ratsherr	Wiedon	CDU
Ratsfrau	Wien-Mroß	SPD
Ratsherr	Dr. Wlecke	Tierschutz Freie Wähler
Ratsherr	Wolf	Bündnis 90/Die Grünen
Bürgermeisterin	Zepuntke	SPD

b) von der Verwaltung:

Oberbürgermeister Geisel

Stadtdirektor Hintzsche

Beigeordneter Lohe

Beigeordnete Stulgies

Beigeordneter Prof. Dr. Meyer-Falcke

Beigeordnete Zuschke

Beigeordneter Zaum

Entschuldigt:

Ratsherr	Blumenrath	CDU
Ratsfrau	El Fassi	Tierschutz Freie Wähler
Bürgermeister	Scheffler	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Schulte	CDU
Ratsherr	Vatalis	SPD
Ratsfrau	Vorspel	Die Linke
Ratsherr	Walter	SPD

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14.05 Uhr

Nachruf

Ratsfrau a. D. Elke Homann

Die Anwesenden gedenken der Verstorbenen.

1

Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird um einige Änderungsanträge ergänzt. Die SPD-Ratsfraktion beantragt, die Anfragen schriftlich zu beantworten. Sodann wird die geänderte Tagesordnung mehrheitlich angenommen.

2

Anfragen

Die Anfragen 2.1 bis 2.3 werden schriftlich beantwortet, da die (außerordentliche) Sitzung der Abarbeitung der Restanten dient.

3

Sachstandsbericht zum Parkraumbewirtschaftungskonzept

66/ 52/2019

3.1

Änderungsantrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Parkraumbewirtschaftungskonzept

66/ 81/2019

3.2

Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion: Parkraumbewirtschaftungskonzept

01/ 247/2019

Nach Aussprache wird der Sachstandsbericht mehrheitlich angenommen. Der Änderungsantrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP wird mehrheitlich angenommen. Der Änderungsantrag der CDU hat sich erledigt.

Beschluss (Vorlage 66/ 52/2019 in Verbindung mit Vorlage 66/ 81/2019)

Der Rat der Stadt nimmt den Sachstandsbericht zum Parkraumbewirtschaftungskonzept im öffentlichen Raum sowie zur Vergabe eines Konzepts zum Parkraummanagement zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung im Umgriff der in der Anlage dargestellten Bereiche eine gezielte Parkraumbewirtschaftung unter besonderer Berücksichtigung des Bewohnerparkens zu organisieren. Dazu soll eine räumliche Organisationsstruktur hergestellt und die Tarifierung des öffentlichen Parkraumes angepasst werden. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, im Zusammenhang mit den vorliegenden und zu gewinnenden Erkenntnissen ein stadtbezirksbezogenes Parkraummanagementkonzept zu erstellen. Dafür soll neben der internen

Bearbeitung ein sachkundiges und kompetentes Ingenieurbüro beauftragt werden, das mit den Bezirksvertretungen und dem OVA dieses Konzept entwickelt.

4

Gründung einer städtischen Mobilitätsgesellschaft

01/ 174/2019

4.1

Änderungsantrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP: Gründung einer städtischen Mobilitätsgesellschaft

01/ 239/2019 (Neufassung)

Nach Aussprache wird der Änderungsantrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP mehrheitlich angenommen und ersetzt die Beschlussvorlage.

Beschluss

Der Rat der Stadt erkennt an, dass Mobilität in Zukunft integrierter gedacht werden muss und bekräftigt, dass zur Gestaltung der Verkehrswende auch systematisch und organisatorisch Veränderungen und Innovationen sinnvoll und notwendig sind.

Angesichts der verschiedenen Akteure und Aktivitäten erscheint es deshalb vor einer endgültigen Entscheidung sinnvoll und notwendig, dass mit externer Unterstützung kurzfristig ein Prozess gestartet wird, bei dem geklärt wird,

- mit welchen Akteuren Kooperationsnotwendigkeiten und -möglichkeiten bestehen,
- welche organisatorischen Konstruktionen möglich und sinnvoll sind,
- wie organisatorisch und rechtlich sichergestellt werden kann, dass eine mögliche Mobilitätsgesellschaft beziehungsweise ein anderer Träger zum Beispiel die Rheinbahn weitere Akteure diskriminierungsfrei in die vernetzten Angebote aufnimmt,
- wie organisatorisch und rechtlich sichergestellt werden kann, dass die Stadtverwaltung sowie die Politik die stadtbildrelevanten Aspekte der Angebote bestimmen kann, insbesondere die Gestaltung von Mobilitätsstationen.

Dabei sollten möglichst alle im Sinne der Verkehrswende relevanten Akteure befragt werden und eine zielführende Konstruktion gefunden wird.

Ziel ist, dass möglichst viele Aktivitäten von On-Demand über Smart-City, von Mobilitätsplattform über betriebliche Mobilitätsberatung und der Betrieb der Mobilitätsstationen gebündelt werden können oder zumindest die Schnittstellen sinnvoll geklärt werden können.

Für die externe Beratung und Aufarbeitung werden außerplanmäßige Haushaltsmittel aus gesamtstädtischer Deckung in Höhe von 240.000 Euro zur Verfügung gestellt. Dem Ordnungs- und Verkehrsausschuss wird nach Abschluss der Beratung eine Empfehlung zur weiteren Beratung vorgelegt.

5

Garath 2.0 Den Wandel gestalten. Frei:Raum – Konzept für Freiraum und ergänzendes Wohnen in Garath

70/ 23/2019

5.1

Änderungsantrag der Ratsfraktion Tierschutz Freie Wähler: Garath 2.0

01/ 249/2019

Nach Aussprache wird die Beschlussvorlage einstimmig angenommen, der Änderungsantrag der Ratsfraktion Tierschutz Freie Wähler wird mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss

Der Rat der Stadt beschließt das Konzept „Frei:Raum – Konzept für Freiraum und ergänzendes Wohnen in Garath“ (Anlage 1) im Programmgebiet der Sozialen Stadt Düsseldorf-Garath und beauftragt die Verwaltung:

- I. zum Thema Freiraum
 - a. die Ziele und Maßnahmen umzusetzen (siehe Sachdarstellung Punkt 1),
 - b. die in Garath ansässigen Wohnungsunternehmen bei der Ertüchtigung ihres Wohnumfeldes in direkter Nachbarschaft zum öffentlichen Raum zu unterstützen,
- II. zum Thema Ergänzendes Wohnen
 - c. die städtischen Flächen entsprechend der dargestellten Priorisierung und Vorgehensweise im Hinblick auf ihre Umsetzbarkeit vertieft zu untersuchen (siehe Sachdarstellung Punkt 2.2 a),
 - d. Gespräche mit der Städtischen Wohnungsgesellschaft Düsseldorf (SWD) zu führen mit dem Ziel, konkrete Umsetzungskonzepte für die SWD-Flächen zu entwickeln und
 - e. die in Garath ansässigen Wohnungsunternehmen bei der Ertüchtigung ihrer dortigen Wohnungsbestände zu unterstützen.

6

Anträge

6.1

Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Kein Empfang und keine Unterstützung für den Schießwettbewerb 2019 der Bundeswehr

01/ 178/2019

Nach Aussprache wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

6.2

Antrag der FDP-Ratsfraktion: Geschäftsführung der Holding der Landeshauptstadt Düsseldorf GmbH

01/ 190/2019

Der Tagesordnungspunkt wird zusammen mit Tagesordnungspunkt 6.3 behandelt. Die FDP zieht ihren Antrag zurück und schließt sich dem Änderungsantrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FDP unter Tagesordnungspunkt 6.3 an.

6.3

Antrag der CDU-Ratsfraktion: Organisationsstruktur Beteiligungsmanagement

01/ 194/2019

6.3.1

Änderungsantrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Organisationsstruktur Beteiligungsmanagement

01/ 241/2019

Der Tagesordnungspunkt wird zusammen mit Tagesordnungspunkt 6.2 behandelt. Nach Aussprache zieht die CDU ihren Antrag zurück und schließt sich dem Änderungsantrag an, der mehrheitlich angenommen wird.

Beschluss

Der Rat der Stadt spricht sich dafür aus,

1. die Geschäftsführung der Holding der Landeshauptstadt Düsseldorf GmbH weiterhin im Umfang der bisherigen Ressourcen zu organisieren und Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung im Nebenamt als Geschäftsführer*innen zu bestellen,
2. die Beteiligungsführung in der Kämmerei zu belassen.

6.4

Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum im Gebiet der Landeshauptstadt Düsseldorf (Zweckentfremdungssatzung)

01/ 192/2019

Der Tagesordnungspunkt wird zusammen mit Tagesordnungspunkt 6.5 behandelt. Nach Aussprache wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

6.5

Antrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Satzung der Landeshauptstadt Düsseldorf zum Schutz und Erhalt von Wohnraum (Wohnraumschutzsatzung)

01/ 211/2019

6.5.1

Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion: Wohnraumschutzsatzung

RAT/043/2019

6.5.2

Änderungsantrag des Ratsherrn Grenda: Wohnraumschutzsatzung

RAT/041/2019

Der Tagesordnungspunkt wird zusammen mit Tagesordnungspunkt 6.4 behandelt. Nach Aussprache wird der Antrag inklusive der während der Sitzung vorgetragenen Präzisierungen (unter § 2 Absatz 3 Ziffer 2 wird am Ende „Ausgenommen hiervon sind Zweckentfremdungen nach § 3 Absatz 1 Ziffer 2“ angefügt) mehrheitlich angenommen. Der Änderungsantrag der CDU sowie der Änderungsantrag des Ratsherrn Grenda werden mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss

1. Der Rat beschließt die nachfolgende Fassung der Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum (Wohnraumschutzsatzung).
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Satzung 20 Monate nach Inkrafttreten zu evaluieren und dem Rat die Ergebnisse vorzulegen.

6.6

Antrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP: Palermo-Appell für einen europäischen Verteilmechanismus für Bootsflüchtlinge

01/ 215/2019

6.6.1

Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion: Palermo-Appell

01/ 251/2019

Nach Aussprache wird der Antrag mehrheitlich angenommen. Der Änderungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf unterstützt den „Palermo Appell“ des Bürgermeisters von Palermo und Heine-Preisträgers Leoluca Orlando und des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland Heinrich Bedford-Strohm:

1. 2019 darf nicht zu einem verlorenen Jahr für die Seenotrettung im Mittelmeer werden.
2. Die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung muss ein Ende haben. Jetzt!
3. Seenotrettung muss auch eine staatliche Aufgabe bleiben. Was ist aus der europäischen Seenotrettung geworden? Deutschland sollte hier ein Zeichen setzen und Schiffe entsenden!

4. Wir brauchen noch in diesem Sommer eine politische Notlösung, einen vorübergehenden Verteilmechanismus für Bootsflüchtlinge. Viele Städte und Kommunen in Europa wollen „Sichere Häfen“ sein! Lassen wir das Realität werden!
5. Wir brauchen in der EU eine „Koalition der Willigen“, die jetzt handelt. Und eine zukunftsfähige Migrationspolitik entwickelt. Denn Menschen ertrinken lassen oder in die Lager Libyens zurückschicken, kann keine Option für Europa sein.

Der Rat bittet Oberbürgermeister Geisel, sich gemeinsam mit seinen Kolleg*innen aus Köln, Bonn und weiteren Städten, die sich zur Seenotrettung und zur Aufnahme von Geflüchteten bekannt haben,

- im Städtetag für eine Unterstützung des „Palermo-Appells“ einzusetzen
- gegenüber den Bundes- und Landesinnenministerien erneut und nachdrücklich für eine schnelle und pragmatische Lösung einzusetzen, die den Kommunen die Aufnahme aus Seenot geretteter Geflüchteter ermöglicht.

6.7

Antrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Optimierung der Düsseldorfer gesundheitlichen Notfallversorgung durch Digitalisierung

01/ 216/2019

Nach Aussprache wird der Antrag einstimmig angenommen.

Beschluss

Die Verwaltung wird gebeten, ein organisationsübergreifendes Expertenteam aus den Dezernaten 04 und 08 zur Koordinierung der Digitalisierungsprozesse im Düsseldorfer System der gesundheitlichen Notfallversorgung ins Leben zu rufen. Dabei soll neben der organisatorischen Optimierung der gesundheitlichen Notfallversorgung auch Ziel sein, die Zusammenarbeit zwischen allen Trägern und Akteuren der Notfallversorgung, des ehrenamtlichen Katastrophenschutzes, des Gesundheitsamtes sowie der Feuerwehr zukunftsfähig zu gestalten. Diesem Team sollen neben den städtischen Fachstellen Vertreterinnen und Vertreter der Politik und von ausgewählten externen Fachfirmen, Beratungsunternehmen, Krankenkassen, und der Notfall-Hilfeorganisationen beratend angehören.

6.8

Antrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Finanzierung von stop mutilation e.V.

01/ 230/2019

Nach Aussprache wird der Antrag einstimmig angenommen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt, die Beratungsstelle stop mutilation e. V. für das erste Halbjahr 2019 mit 50.000 Euro zu finanzieren. Die Mittel stehen in der Haushaltsstelle Produktkonto 31 351 02 53181800 – Zuwendung Umsetzung der Integrationsarbeit zur Verfügung.

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf appelliert an die Landesregierung, zum 01.07.2019 wieder in die Landesförderung einzusteigen, damit betroffene Frauen, bedrohte Mädchen und ihre Familien in ganz NRW geschützt, beraten und unterstützt werden können.

Ende der öffentlichen Sitzung: 17.46 Uhr

Thomas Geisel
Oberbürgermeister

Friedrich G. Conzen
Bürgermeister

Simone Schmitt
Schriftführerin